



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1, XVII/33 - 10. Februar 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 13 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Eine neue Kraftprobe</u> Von Franz Barsig	35
1	<u>Des Dankes gewiss</u> Nach dem Berlin-Besuch Lübkes	18
2	<u>Auch Bonn ist davon betroffen</u> Paris wünscht keinen jugoslawischen Botschafter Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	43
3	<u>Unverständliches Urteil</u> 450 Arbeiter streiken für menschenwürdige Behandlung	43
4 - 5	<u>Hamburger Wachstumszahlen</u> Irene und Hansstadt weiterhin Stadt der Superlative	65
6	<u>Heilmittelreklame stiftet mehr Schäden als Nutzen</u> Aufschlussreiche Untersuchungsergebnisse der Weltgesundheitsorganisation	52

\* \* \*  
\* \*

Eine neue Kraftprobe ?

Von Franz Barsig

Während es viele Kreise in der Bundesrepublik gibt, die sich mit der Krise in Berlin immer stärker abfinden, und die meinen, das Problem Berlin sei nur noch eine wirtschaftlich zu lösende Frage, haben die Sowjets die- sen Menschen und auch den Politikern, die in zunehmendem Maße darüber oran- zieren, daß die Sowjetunion das Berlinproblem einfrieren lassen wolle, er- neu aufgeschreckt. Ihre Versuche, den freien Flugverkehr in den Luftkor- ridoren zu beeinträchtigen, indem sie erstmalig bestimmte Flughöhen sper- ren sollten, sind ein Alarmsignal. Es ist besonders zu beachten, weil bei allen Aktionen, sieht man von den Vorgängen am Checkpoint Charly ab, bis- her die Sowjets vordergründig Ulbricht immer die Geschäfte besorgen ließen. Diesmal aber war es eine direkte sowjetische Intervention.

Nun gut, es ist nichts passiert, der Flugverkehr nach Berlin wurde in keiner Weise beeinträchtigt und bis auf wenige sowjetische Transportmaschi- nen in großer Höhe hat man nichts gesehen. Die westlichen Schutzmächte ha- ben die sowjetischen Forderungen nicht nur ignoriert, sie haben auch rea- giert und durch einen vermehrten Patrouillenverkehr und gewisse Alarmab- gaben der Sowjetunion deutlich zu verstehen gegeben, daß sie nicht bereit sind, ihre Rechte in den Luftkorridoren beeinträchtigen zu lassen. Das war richtig, aber es ist nur die eine Seite des Reagierens.

Was fehlt, ist immer noch das politische Konzept, mit dem man der Sowjetunion entgegentreten kann. Was fehlt, ist die westliche Eirigkeit, denn ein halbes Jahr nach dem 13. August ist immer noch nicht über die in der Stunde genommene zweitrangige Frage Eirigkeit erzielt worden, ob man verhan- deln soll und von den Sonderungen hält sich Frankreich immer noch abseits, das selbst für die vorgeschlagene Außenministerkonferenz am 14. März große Vorbehalte angemeldet hat.

Wenn es nicht frivol wäre, dann könnte man fast sagen, es sei gut, daß der Westen wieder aufgeschreckt worden ist. Die Theorie, daß die Sowjet- union sich mit dem bisherigen Zustand zufrieden geben wolle, hat zuminde- stens einen Stoß erhalten. Selbst wenn es so scheint, daß manches "einges- troren" ist, so zeigt der neuerliche Vorgang, daß die Sowjetunion sich je- demzeit in der Lage fühlt, das Eis zu brechen. Der Westen hat auf politi- schem Gebiet leider noch nicht die Initiativen entwickelt, die ihn davor bewahren würden, bei einem solchen Eisbruch ins kalte Wasser zu fallen.

Des Dankes gewiß

sp - Berlin-Besuche unseres Bundespräsidenten gehören heute zu den Selbstverständlichkeiten. Bundespräsident Lübke hat 10 Tage lang von West- berlin aus die Amtsgeschäfte geführt. Besuche aus dem In- und Ausland er- fangen und durch unmittelbaren Augenschein einen Überblick über das gewon- nen, was Westberlin auf den Nägeln brennt. Die Berliner, sonst sehr zurück- haltend in ihrem Urteil, betrachten Lübke und seine Gemahlin als die Ihren; wohl das schönste Lob, das einem Nichtberliner gesendet werden kann. Unge- zählte Briefe gelangten jeden Tag auf den Tisch des Bundespräsidenten, vie- le Bewohner der hart bedrängten Stadt wandten sich mit ihrer Sorgen direkt an Lübke, von dem sie wissen, daß er persönlichen Anteil am Geschick ihrer Stadt nimmt. Presse und Rundfunk des Zonenstaates speien Gift und Galle, sprechen von einer Provokation. Eine Herausforderung? Das liegt unserem Bundespräsidenten fern. Die Berliner wissen, wem treuen Freund sie in un- serem Bundespräsidenten haben. Auf ihn ist Verlaß. Und das ist wichtig in einer Zeit, in der vieles ins Schwanken gerät. Berlin steht in seinem schwe- ren Selbstbehauptungskampf. Der zehntägige Besuch unseres Staatspräsidenten stärkte das Selbstvertrauen der Berliner, flößte ihnen neue Zuversicht ein. Lübke kann des Dankes dieser hart bedrängten Stadt gewiß sein.

Auch Bonn ist davon betroffen

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel schlug in Belgrad die Nachricht ein, die französische Regierung habe die Aberufung des jugoslawischen Botschafters aus Paris verlangt. Das Erstaunliche daran war, dass die französische Regierung nichts Bestimmtes gegen den bisherigen Botschafter Cernej einzuwenden oder ihn gar zur persona non grata erklärt hatte. In Paris wünschte man nur, in Zukunft sollten die jugoslawischen Angelegenheiten in Frankreich nicht mehr durch einen Botschafter, sondern durch einen Geschäftsträger wahrgenommen werden. Damit wird ein Zustand hergestellt, der dem in Belgrad seit langer Zeit üblichen entspricht, denn obwohl das jugoslawische Agreement für einen neuen französischen Botschafter bereits vor Monaten erteilt worden ist, verzichtete Paris nach der jugoslawischen de jure-Anerkennung der algerischen Exilregierung demonstrativ auf seine Entsendung.

So selten in der Geschichte der diplomatischen Beziehungen dieser französischen Akt gegenüber Jugoslawien ist, so seltsam lässt sich seine offizielle französische Begründung. Obwohl Jugoslawien die algerische Exilregierung seit Juni 1959 de facto und seit der Belgrader Konferenz der blockfreien Staaten im September 1961 auch de jure anerkannte, hatte Paris bislang ausser der Nichtentsendung eines eigenen Botschafters nichts unternommen. Jetzt sollen dagegen die Eintragung der algerischen Vertretung in Belgrad in die Liste des Diplomatischen Korps (versteckt auf der letzten Buchseite und als "Mission" deklariert) und die Anbringung eines Schildes am Sitz eben dieser Mission Anlass der dramatisierten französischen Maßnahme gewesen sein.

Die ganze Angelegenheit wird eher konfus durch die französische Versicherung, man habe sich beim Vorgehen gegen Belgrad durch ein "sonderbares Kriterium" leiten lassen und denke nicht daran, ähnliche Maßnahmen gegen andere Staaten zu unternehmen, die die algerische Exilregierung gleichfalls schon anerkannt haben. Aber auch ohne diese Versicherung muss man sich fragen, welchen "hallsteinschen" Abschreckungseffekt die verspäter-dramatische Maßnahme in einem Augenblick haben sollte, da selbst in französischen Regierungskreisen in zunehmendem Maße von einer bevorstehenden Lösung des algerischen Problems gesprochen wird.

Eine Reihe von Fragen also, auf die im Augenblick von Belgrad aus keine definitive Antwort gegeben werden kann. Handelt es sich um "grosse Politik" oder nur um eine diplomatische Ungereimtheit, die in dem seit Jahren sich verschlechternden jugoslawisch-französischen Verhältnis kaum noch zu Buche schlägt? Eine bittere Erkenntnis bleibt unabhängig davon für die Bundesrepublik, dass ihre seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Belgrad durch Frankreich vertretenen Interessen immer unvollkommener wahrgenommen werden. Nur Ignoranten, die es jenseits und diesseits des Rheins sicherlich in nicht geringer Anzahl geben mag, sollte dies unbeeindruckt lassen.

+ + +

### Unverständliches Urteil

F.Zsch. - Seit dem 12. Dezember 1961 streikten 450 Arbeiter der Vereinigten Fränkischen Schuhfabriken AG in Nürnberg. Sie protestierten gegen eine seit langem praktizierte menschenunwürdige Behandlung, bei der Ausdrücke wie "Idiot, Rindvieh" und ständige Beschuldigungen an der Tagesordnung waren. Die mit der Arbeitsniederlegung verbundene Forderung hieß: sofortige Entlassung der für diese Behandlung Verantwortlichen, nämlich des technischen Betriebsleiters und eines Obermeisters.

Die Geschäftsleitung reagierte jedoch in entgegengesetzter Weise und kündigte wenige Tage vor Weihnachten allen Arbeitern. Um die Geschlossenheit der streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen zu durchbrechen, bot man jedoch den Entlassenen bis auf 66 angeblichen Rädelführern die Neueinstellung an.

Die Gewerkschaft Leder und der DGB-Landesbezirk Bayern erklärten sich mit den Gesetzmäßigkeiten solidarisch und veranstalteten am 10. Januar in Nürnberg eine von 1500 Teilnehmern besuchte Protestkundgebung gegen die skandalösen Zustände in den Schuhfabriken. Man war sich einig in der allen verständigen Menschen einleuchtenden Feststellung, daß man nicht zulassen dürfe, die Arbeiter chancenlos der Willkür einzelner auszuliefern. Die Zeiten, in denen Vorgesetzte die Arbeitsbedingungen diktieren können, seien endgültig vorbei.

Sowaszu unglaublich nutet einer daher das am Donnerstag vom Arbeitsgericht in Nürnberg ergangene Urteil gegen 63 Arbeiter der Fränkischen Schuhfabriken AG an. Sie wurden verurteilt, ihren Arbeitgebern Schadenersatz in Höhe von rund 700 000 DM für den durch den Streik bisher entstandenen Produktionsausfall zu zahlen. Daneben sollen sie für die Gerichtskosten und eventuellen weiteren Schäden der Firma aufkommen. Die Gewerkschaft Leder, die sich nach Ausbruch des Streiks hinter die Arbeiter gestellt hatte, teilte inzwischen mit, daß sie gegen dieses Urteil Revision beantragen werde.

Die in der Urteilsbegründung enthaltene Feststellung, daß der Arbeitsniederlegung kein Streikbeschuß der Gewerkschaft Leder vorausgegangen war und deshalb ein wilder Streik vorlag, rag sachlich zu treffen. Angesichts der Ursachen der Arbeitsniederlegung drängt sich jedoch die Frage auf, ob die Schlussfolgerung, es liege ein Bruch des Arbeitsvertrages vor, dessen Folgen von den Verurteilten zu tragen seien, vertretbar ist.

Keinesfalls wird dieses unverständliche Urteil jedoch zu einer Beruhigung der gegenwärtigen gespannten Atmosphäre in anderen Industriebereichen beitragen. Die in Notwehr handelnden Nürnberger Schuharbeiter verdienen die Sympathie und Solidarität aller gerecht empfindenden Menschen weit über den Industriezweig Leder und die Arbeitnehmerenschaft der Bundesrepublik hinaus.

### Hamburger Wachstumszahlen

In dieser Woche feierte der Hamburger Bürgermeister Dr. Paul Nevermann, der Senatschef des Stadt-Staates, seinen 60. Geburtstag. Die gesamte Hamburger Presse widmete dem überaus populären Staatsoberhaupt herzliche Glückwunschartikel. Bei der letzten Bürgerschaftswahl hat die SPD unter Führung Dr. Nevermanns ihre Stimmen- und Mandatsmehrheit in Hamburg bedeutend ausbauen können.

(rh) Wenn von Hamburg die Rede ist - sei es in der Statistik oder in den Wirtschaftsberichten - so setzt sich der Auf- und Ausbau der im letzten Krieg so schwer angeschlagenen alten Hansestadt unter der Führung der SPD seit Jahren schon in Superlativen fort. So wurde gerade jetzt, am ersten Tag im Februar, in Hamburg der modernste Rangierbahnhof Norddeutschlands in Betrieb genommen, dessen zentrales Gleisbildstellwerk auf einer Strecke von über vier km Länge alle Weichen und Signale bedient.

Aus der Statistik kann man erfahren, dass Hamburg mit einer Bevölkerung von 1.848.000 Ende Dezember den Vorkriegsstand bereits um 136 000 Personen überschritten hat. Hamburg hatte bereits vor dem Krieg mehr weibliche als männliche Einwohner, derzeit ist der weibliche Überschuss auf 134 000 Personen angewachsen. Doch auch die Zahl der Eheschließungen (19 000) nimmt ständig zu, die Zahl der Lebendgeborenen ist weiter gestiegen und die Säuglingssterblichkeit ist zurückgegangen (von 100 Lebendgeborenen erlebten im Vorjahr 97 das erste Lebensjahr).

Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre brachte das Vorjahr den Monat mit den meisten Sonnenstunden (den Juni mit fast 270 Stunden), aber auch den Monat mit den meisten Niederschlägen (August mit 134 mm). In diesem Klima scheinen jedoch Unterricht, Bildung und Kultur ausgezeichnet zu gedeihen. Die Zahl der allgemeinbildenden Schüler stieg weiter auf 416 an, die der Schulklassen auf 5 954. An der Hamburger Universität wurde 1961 im Sommersemester mit rund 13 000 Studenten der höchste Stand seit Gründung der Universität erreicht. Dazu kamen noch 1700 Gasthörer und beurlaubte Studenten.

Die Zahl der Besucher der zehn Hamburger Theater ist im letzten Jahr von 2.129.895 auf 2.221.319 angestiegen, wobei das Deutsche Schauspielhaus mit 575.125 Besuchern einen Zuwachs von rund 22.000 zu verzeichnen hatte. Die Zahl der Kinobesucher ist allerdings auch in Hamburg zurückgegangen. 1960 waren es noch fast 27 Millionen, im vergangenen

10. Februar 1962

Jahr nur noch 24 Millionen. Rundfunk und Fernsehen dagegen haben in Hamburg Rekordziffern erreicht. Die Zahl der Rundfunkhörer wird mit 630.000 (856 auf 100 Haushalte) angegeben, die der Fernsehteilnehmer mit 280.000 (380 auf je 100 Haushalte).

In der Freien und Hansestadt waren im Vorjahr 843.407 Hamburger in Hamburg selbst und 2.652 ausserhalb von Hamburg beschäftigt. Dazu kamen noch 98.798 Beschäftigte von auswärts, die sogenannten Binnpendler, so dass die Gesamtzahl der Beschäftigten in Hamburg die imponierende Ziffer von 939.205 erreichte, denen am für diese Statistik maßgebenden Stichtag 248 Arbeitslose gegenüberstanden. Die hauptsächlichsten Wirtschaftszweige waren Handel, Geld- und Versicherungswesen mit 221.344 Beschäftigten, gefolgt von der Eisen- und Metallherzeugung und -Verarbeitung mit 155.798, den verarbeitenden Gewerben mit 155.202 und den Dienstleistungen im öffentlichen Interesse mit 115.748 Beschäftigten.

Bei den ständigen Bemühungen in allen Ostblockländern, den Milch-ertrag der Kühe zu steigern, ist es nicht ohne Reiz, diese Entwicklung im Stadtstaat Hamburg zu verfolgen, der auch über eine leistungsfähige Landwirtschaft und über 7.426 Milchkühe verfügt. Pro Hamburger Milchkuh betrug der Milchertrag im Vorjahr 3.716 kg und hatte gegen 1960 eine Steigerung um 123 kg erfahren. Die Mehrzahl der sowjetischen Sowchoser und Kolchoser wäre ohne Zweifel froh, wenn sie einen derartigen Milchertrag aufweisen könnten, der in Hamburg gewissermassen als eine Selbstverständlichkeit angesehen wird.

Für einen Welthafen vom Range Hamburgs ist die Zahl der ständigen Schifffahrtslinien und der monatlichen Abfahrten von maßgebender Bedeutung. Im Vorjahr hat sich die Zahl der ständigen Linien, die Hamburg mit rund 1100 Häfen in aller Welt verbinden, um 8 auf 255 vermehrt und die Zahl der Abfahrten ist im monatlichen Durchschnitt um 21 auf 740 angewachsen. Auch auf diesem Gebiete ist somit Hamburg ein Hafener Superlative.

+ + +

## Heilmittelreklame stiftet mehr Schaden als Nutzen

B.K. - Die Schweiz schmunzelt über den Fall des Kupffuschers und betrügerischen Wichtermann, dem der amerikanische Botschafter in Bern feierlich seine Ernennung zum Ehrenmitglied der New Yorker Akademie der Wissenschaften überreichte. Die Blamage ist total, wie auch die Heiterkeit der Unbeteiligten über den hochschlimmlichen Reinfall. Aber es gibt noch andere "Wichtermänner", auf die wir täglich hereinfliegen, ohne den geringsten Anlaß zum Schmunzeln zu haben. Die Weltgesundheitsorganisation führte kürzlich in zwanzig Ländern eine Untersuchung über die schädlichen Auswirkungen einer gewissen Heilmittelreklame durch, deren Ergebnisse eigentlich mehr Aufsehen erregen sollten, als der Fall eines einzigen kleinen Wichtermanns.

Die britische pharmazeutische Gesellschaft stellte beispielsweise in einem Bericht an das Gesundheitsministerium fest, daß dem Publikum die Medikamente mit notorischen und trügerischen Übertreibungen angepriesen werden. Die für einige Heilmittel entfaltete Reklame hat zur Folge, daß die Hilfe des Arztes zu spät in Anspruch genommen wird, wodurch die hochkundige Heilung erschwert oder verunmöglichlicht wird. Bedenklich sind besonders auch jene Inserate, die in der Bevölkerung Angst und Befürchtungen über mögliche schreckliche und unheilbare Krankheiten hervorzurufen oder den Widerstand gegen unvermeidliche operative Eingriffe stärken. Die angeführten Zeugnisse über die angebliche Wirkung der Medikamente seien oft völlig unernst. Das Vertrauen in den Arzt wird untergraben, dagegen die ungerechtfertigte Hoffnung auf irgendwelche Wundermittel, beispielsweise gegen Asthma und Rheumatismus, geweckt. Die verwendeten Texte weisen zwar meist einen wissenschaftlichen Anstrich auf, aber entbehren jeden vernünftigen Sinnes und sind darauf berechnet, ein leichtgläubiges Publikum zu beeindrucken und ihm die Moneten aus der Tasche zu ziehen. Die Zusammensetzung gewisser Präparate sei derart, daß sie keiner ernsthaften wissenschaftlichen Analyse unterzogen werden können. Zusammenfassend stellen die britischen Pharmazeuten fest, die Reklame stehe jedenfalls in einem bedeutigen Mißverhältnis zum Nutzen, den die Bevölkerung von ihr erwarten dürfe.

Die geschäftsichtige Reklame für neue Heilmittel hat auch zur Folge, daß dadurch ein (selbstverständlich beabsichtigter) Druck auf die Ärzte ausgeübt wird, die dem dringenden Verlangen ihrer durch Inserate "aufgekärten" Patienten nachgeben, bevor das fragliche Heilmittel klinisch wirklich erprobt und auf seine oft erst später auftretenden Nebenwirkungen hin untersucht werden konnte. Die New Yorker Ärzte beklagen sich insbesondere über die überbordende Reklame für Beruhigungsmittel, deren Wirkung über alle Maßen übertrieben, dafür aber deren oft schwere Nachteile natürlich verschwiegen werden.

Die Sturzflut der Reklame ergießt sich auch über die Ärzte. Zwar habe sich die Qualität dieser "technischen" Reklame dank gesetzlicher Vorschriften seit Kriegsende bedeutend gebessert. Aber angesehene Institutionen beklagen immer noch häufig die absichtliche Ungenauigkeit der medizinischen Angaben wie auch den ungeheuren Umfang der Propaganda für wirklich oder nur angeblich neue Medikamente, so daß die Ärzte nur noch mit größter Mühe das Gute von weniger Guten unterscheiden können.

Wahrscheinlich müßte die behördliche Kontrolle der Heilmittel und auch deren öffentliche Anpreisung noch verschärft werden. Vor allem aber sollte das Publikum neben den kleinen die großen Wichtermänner nicht vergessen. Ihr Profit ist genau so groß - wie unsere Bantheit.